

Eastern Danube Investment S.à r.l.
Société à responsabilité limitée
Gesellschaftssitz: 20, rue de la Poste
L-2346 Luxemburg
Großherzogtum Luxemburg
R.C.S. Luxemburg: in Bearbeitung

<p>GESELLSCHAFTSGRÜNDUNG VOM 16. DEZEMBER 2016 NUMMER 2861/2016</p>
--

Im Jahr zweitausendsechzehn, am sechzehnten Dezember,
Vor dem unterzeichneten Notar **Martine SCHAEFFER**, mit Amtssitz in
Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg,

Ist erschienen:

Universal-Investment-Luxembourg S.A., eine Aktiengesellschaft
(*société anonyme*) mit Gesellschaftssitz in 15, rue de Flaxweiler, L-6776
Grevenmacher, eingetragen im Luxemburger RCS unter Nummer B75014,
handelnd als Alternative Investment Fund Manager (AIFM) des BVK-
Pan-Asien-Immobilienfonds FCP-SIF (Sub-Fund BVK-Pan-Asien-
Immobilienfonds ARCH),

hier vertreten durch Herrn Liridon ELSHANI, Privatangestellter mit
Geschäftsanschrift in Luxembourg, aufgrund einer privatschriftlichen, am 9.
Dezember 2016 erteilten Vollmacht.

Die vorbezeichnete Vollmacht, welche von der erschienenen Partei und
dem unterzeichneten Notar "*ne varietur*" errichtet wurde, bleibt der
vorliegenden Urkunde beigelegt, um mit ihr eingetragen zu werden.

Die erschienene Partei, vertreten wie vorstehend erklärt, hat den
unterzeichneten Notar ersucht, die nachfolgende Satzung einer
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*société à responsabilité limitée*), die
hiermit errichtet wird, zu beurkunden:

KAPITEL I. - FORM, NAME, GESELLSCHAFTSSITZ,
GESELLSCHAFTSZWECK, DAUER

Artikel 1. Form, Name

Hiermit wird eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, (*société à*
responsabilité limitée) unter dem Namen "**Eastern Danube Investment**
S.à r.l." (nachfolgend die "**Gesellschaft**") errichtet, die dem Gesetz vom

10. August 1915 über Handelsgesellschaften in seiner geänderten Form (nachfolgend das "**Gesetz**") sowie dieser Satzung (nachfolgend die "**Satzung**") unterliegt.

Artikel 2. Gesellschaftssitz

2.1 Der Sitz der Gesellschaft wird in der Gemeinde Luxemburg-Stadt, Großherzogtum Luxemburg errichtet.

2.2 Durch Beschluss des alleinigen Geschäftsführers oder, im Falle von mehreren Geschäftsführern, der Geschäftsleitung, kann der Sitz der Gesellschaft innerhalb der Gemeinde verlegt werden.

2.3. Er kann an jeglichen anderen Ort im Großherzogtum Luxemburg verlegt werden (i) durch einen Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung der Gesellschafter, die wie für die Änderung der Satzung beschließt oder (ii) durch einen Beschluss des alleinigen Geschäftsführers oder, im Falle von mehreren Geschäftsführern, der Geschäftsleitung. In diesem letzten Fall hat die Geschäftsleitung die Befugnisse um alle Formalitäten dieser Abänderung durch eine notarielle Urkunde (Feststellung) in den Statuten der Gesellschaft vorzunehmen.

2.4 Sollten aus Sicht des Verwaltungsrats außerordentliche politische, wirtschaftliche oder soziale Entwicklungen eintreten, die den üblichen Geschäftsgang der Gesellschaft an ihrem Sitz verhindern oder die Kommunikation an diesen oder zwischen diesem und den Personen im Ausland, kann die Gesellschaft den Gesellschaftssitz bis zur vollständigen Beendigung dieser außerordentlichen Umstände vorübergehend ins Ausland verlegen. Solche vorübergehenden Maßnahmen haben keine Auswirkungen auf die Staatszugehörigkeit der Gesellschaft, die ungeachtet einer vorübergehenden Sitzverlegung eine Gesellschaft unter dem Gesetz bleibt. Solche vorübergehenden Maßnahmen werden vom Verwaltungsrat getroffen und jeder interessierten Partei angezeigt.

Artikel 3 Gesellschaftszweck.

3.1 Der Gesellschaftszweck der Gesellschaft ist der Erwerb von Beteiligungen an Immobiliengesellschaften (wie unter Artikel 3.4 definiert) in jedweder Form in Luxemburg oder im Ausland und die Verwaltung dieser Beteiligungen. Als Nebentätigkeit zur Anlage in Immobiliengesellschaften kann die Gesellschaft Darlehen aufnehmen und sie kann ihren Tochtergesellschaften Darlehen ausreichen, unter anderem aus Geldern von aufgenommenen Darlehen gewährt werden können. Die Tätigkeiten und der Gesellschaftszweck der Gesellschaft sind durch die Anlagerichtlinien des Teilfonds BVK-Pan-Asien-Immobilienfonds ARCH, Teilfonds des BVK-Pan-Asien-Immobilienfonds FCP-SIF (nachfolgend der "**Fonds**") beschränkt. Die Gesellschaft qualifiziert als Immobiliengesellschaft gemäß § 1 Absatz 19 Nummer 22 des deutschen Kapitalanlagegesetzbuchs. Im Rahmen ihres Gesellschaftszwecks, kann

die Gesellschaft alle rechtlich erlaubten wirtschaftlichen oder finanziellen Tätigkeiten ausüben.

3.2 Nur die folgenden Vermögensgegenstände können von der Gesellschaft erworben werden:

- Immobilien (wie unter Artikel 3.3 definiert) und
- Immobiliengesellschaften (wie unter Artikel 3.4 definiert); sowie, zusätzlich,
- Liquiditätsanlagen (wie unter Artikel 3.5 definiert).

3.3 Als "**Immobilien**" qualifizieren (i) Grundstücke, (ii) Erbbaurechte, (iii) Wohnungseigentum, Teileigentum, Wohnungserbbaurechte, Teilerbbaurechte und (iv) Nießbrauchrechte, jeweils nach deutschem Recht und vergleichbare Rechte anderer Staaten; sowie (v) die zur Bewirtschaftung der Immobilie erforderlichen Gegenstände. Die Immobilien müssen in der Volksrepublik China, Thailand, Singapur, den Philippinen Hongkong/Macau oder Taiwan belegen sein. **3.4** Als

"Immobiliengesellschaft" qualifiziert eine bestehende oder neu gegründete Gesellschaft, die nach dem Gesellschaftsvertrag oder der Satzung nur Immobilien (im vorstehenden Sinne) (einschließlich der zur Bewirtschaftung der Immobilien erforderlichen Gegenstände) oder Beteiligungen an Gesellschaften, die nach Ihrem Gesellschaftsvertrag oder ihrer Satzung nur Immobilien erwerben und halten dürfen (mehrstöckige Strukturen). Der Erwerb von Nießbrauchrechten ist Immobiliengesellschaften hierbei nicht gestattet. Immobiliengesellschaften unterliegen hinsichtlich ihres Sitzes keinen Beschränkungen. .

3.5 "Liquiditätsanlagen" umfassen (i) Bankguthaben; (ii) Geldmarktinstrumente; (iii) Wertpapiere, die zur Sicherung der in Artikel 18.1 des Protokolls der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank genannten Kreditgeschäfte von der Europäischen Zentralbank oder der Deutschen Bundesbank zugelassen sind oder deren Zulassung nach den Emissionsbedingungen beantragt wird, sofern die Zulassung innerhalb eines Jahres nach ihrer Ausgabe erfolgt (nachfolgend die "**EZB-Wertpapiere**"); (iv) Anteile an Investmentfonds im Sinne des § 1 Absatz 1b) Satz 2 des deutschen Investmentsteuergesetzes und § 22 Absatz 2 des deutschen Investmentsteuergesetzes, die nach ihren Vertragsbedingungen ausschließlich in Bankguthaben, Geldmarktinstrumente oder EZB-Wertpapiere anlegen dürfen; und (v) Wertpapiere, die an einem organisierten Markt zum Handel zugelassen oder festverzinsliche Wertpapiere sind[, soweit diese einen Betrag von fünf Prozent (5%) des Nettoinventarwertes des Fonds nicht überschreiten.

3.6 Als "**Bankguthaben**" qualifizieren Guthaben, die (i) eine Laufzeit von höchstens zwölf (12) Monaten haben und (ii) bei einem Kreditinstitut

mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des EWR unterhalten werden oder einem Drittstaat, dessen Kreditinstitute einer laufenden Aufsicht unterliegen, gehalten werden.

3.7 Als "**Geldmarktinstrumente**" qualifizieren Instrumente, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden und verzinsliche Wertpapiere, die im Zeitpunkt ihres Erwerbs für den Fonds eine restliche Laufzeit von höchstens 397 Tagen haben, deren Verzinsung nach den Ausgabebedingungen während ihrer gesamten Laufzeit regelmäßig, mindestens aber einmal in 397 Tagen, marktgerecht angepasst wird oder deren Risikoprofil dem Risikoprofil solcher Wertpapiere entspricht.

3.8 Die Gesellschaft wird keine Geschäfte durchführen, welche zu einer Verletzung der Investmentbeschränkungen des Fonds führen, da sie keine erlaubte Tätigkeit einer vom Fonds gehaltenen Immobiliengesellschaft darstellen.

Artikel 4. Dauer.

4.1 Die Gesellschaft wird für unbestimmte Dauer errichtet.

4.2 Sie kann jederzeit und mit oder ohne Grund durch einen in der für eine Änderung dieser Satzung erforderlichen Art und Weise gefassten Gesellschafterbeschluss aufgelöst werden. Das gleiche gilt für jede Verschmelzung oder Umwandlung der Gesellschaft.

KAPITEL II. - Stammkapital, Geschäftsanteile

Artikel 5. Stammkapital.

5.1 Das Stammkapital wird auf zwölftausend Euro (EUR 12.000,00) festgesetzt und besteht aus zwölftausend (12.000) Geschäftsanteilen mit einem Nennwert von jeweils einem Euro (EUR 1,00).

5.2 Das Stammkapital der Gesellschaft kann durch einen in der für eine Änderung dieser Satzung erforderlichen Art und Weise gefassten Beschluss der Gesellschafterversammlung erhöht oder herabgesetzt werden.

5.3 Unter Beachtung der relevanten Vorschriften des Gesetzes kann die Gesellschaft ihre eigenen Geschäftsanteile zurückkaufen.

Artikel 6. Geschäftsanteile

6.1 Das Stammkapital der Gesellschaft ist in Geschäftsanteile aufgeteilt, die alle denselben Nennwert haben. Jeder Geschäftsanteil gewährt eine (1) Stimme.

6.2 Die Geschäftsanteile der Gesellschaft existieren ausschließlich in registrierter Form.

6.3 Gegenüber der Gesellschaft sind die Geschäftsanteile unteilbar. Die Gesellschaft lässt pro Geschäftsanteil nur einen Inhaber zu. Bei einem Geschäftsanteil, der mehreren Personen gehört, haben sie einen einzigen Vertreter zu benennen, der sie in Bezug auf die Gesellschaft vertritt. Die Gesellschaft hat das Recht, die Ausübung aller Rechte an diesem Anteil

auszusetzen, mit Ausnahme von relevanten Informationsrechten, bis ein solcher Vertreter bestellt wurde.

6.4 Der Verwaltungsrat kann die Stimmrechte aus Geschäftsanteilen aussetzen, die von einem Gesellschafter gehaltenen werden, der sich mit der Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft aus der Satzung oder nach den Bestimmungen einer Gesellschaftervereinbarung in Verzug befindet.

6.5 Soweit gesetzlich zulässig, kann sich ein Gesellschafter einzeln verpflichten, dauerhaft oder zeitlich begrenzt, alle oder einen Teil seiner Stimmrechte nicht auszuüben. Ein solcher Verzicht bindet den entsprechenden Gesellschafter und die Gesellschaft ab seiner Anzeige an die Gesellschaft.

Artikel 7. Übertragung von Geschäftsanteilen.

7.1 Geschäftsanteile sind unter Gesellschaftern frei übertragbar.

7.2 Existiert nur ein einziger Gesellschafter, kann dieser seiner Geschäftsanteile frei übertragen.

7.3 Unter Lebenden können Geschäftsanteile an Dritte nur übertragen werden, wenn einer solchen Übertragung von Gesellschaftern, die drei Viertel ausgegebenen Geschäftsanteile halten, zugestimmt wird.

7.4 Im Todesfall können die Geschäftsanteile eines verstorbenen Gesellschafters nur mit der durch die verbliebenen Gesellschafter mit einer Mehrheit von drei Vierteln (3/4) des von ihnen gehaltenen Stammkapitals erteilten Zustimmung auf einen neuen Gesellschafter übertragen werden. Eine solche Zustimmung ist jedoch nicht erforderlich, wenn die Geschäftsanteile auf Eltern, Abkömmlinge oder den überlebenden Ehepartner oder einen anderen gesetzlichen Erben übertragen werden.

Artikel 8. Geschäftsanteilsregister

Ein Register der Geschäftsanteile wird am Gesellschaftssitz geführt, wo es für jeden Gesellschafter einsehbar ist. Dieses Register enthält alle vom Gesetz geforderten Informationen. Auf Anfrage können Bescheinigungen über die im Register vorgenommenen Eintragungen bezüglich eines Gesellschafters auf Kosten des relevanten Gesellschafters erstellt werden.

Artikel 9. Erhöhung und Herabsetzung von Stammkapital

9.1 Das Stammkapital der Gesellschaft kann mit den in Artikel 18.2 und dem Gesetz für Satzungsänderungen festgelegten Quorums- und Mehrheitsregeln durch Gesellschafterbeschluss einmal oder mehrmals erhöht oder herabgesetzt werden.

9.2 Die Gesellschaft kann eigene Geschäftsanteile nach Zustimmung zu einem solchen Erwerb durch einen Gesellschafterbeschluss erwerben. Der Erwerb und das Halten eigener Geschäftsanteile durch die Gesellschaft erfolgt unter Beachtung der Bedingungen und Grenzen des Gesetzes.

9.3 Nach vorheriger Zustimmung durch einen Gesellschafterbeschluss kann der Verwaltungsrat durch die Gesellschaft erworbene Geschäftsanteile vernichten und entsprechend eine Herabsetzung des Stammkapitals registrieren.

Artikel 10. Geschäftsunfähigkeit, Tod, Aussetzung der Bürgerrechte , Konkurs oder Insolvenz eines Gesellschafters

Die Geschäftsunfähigkeit, der Tod, die Aussetzung der Bürgerrechte, Konkurs, Insolvenz oder ein ähnliches den/die Gesellschafter betreffendes Ereignis versetzt die Gesellschaft nicht in Liquidation.

KAPITEL III. - GESELLSCHAFTER

Artikel 11. Befugnisse der Gesellschafter

11.1 Der Gesellschafter hat alle Befugnisse, die ihm die Satzung und das Gesetz zuweisen. Bei nur einem Gesellschafter stehen diesem die Befugnisse der Gesellschafterversammlung zu.

11.2 Eine ordnungsgemäß konstituierte Gesellschafterversammlung der Gesellschaft vertritt die Gesamtheit der Gesellschafter.

Artikel 12. Angelegenheiten die einer vorherigen Zustimmung der Gesellschafter vorbehalten sind

Zusätzlich zu den Artikeln 2.3, 4.2, 5.2, 7.3, 7.4, 9.1, 9.2, 9.3, 20, 25, 27.2, 29.2, 30.2, 31.1 und 31.2 sind die nachfolgenden Angelegenheiten einer vorherigen Zustimmung der Gesellschafter vorbehalten:

- Verschmelzung, (vollständige) Vermögensübertragung, Umwandlung oder andere grundsätzliche Maßnahme, die die Gesellschaft betrifft;
- Die Anpassung der Kapitalstruktur der Gesellschaft oder der Verkauf von Tochtergesellschaften sowie der Kauf oder Verkauf von Geschäftsanteilen und die Auflösung von Tochtergesellschaften;
- Bestellung von Lasten und Dienstbarkeiten hinsichtlich des Grundbesitzes;
- Errichtung von Gebäuden oder sonstigen Bauvorhaben, sowie Erwerb von (zusätzlichen) Immobilien oder der Verkauf von Immobilien oder Immobilienteilflächen;
- jedes Geschäft oder verbindliche Zusage der Gesellschaft mit einem Wert über EUR 100.000,00 (oder vergleichbarem Wert in lokaler Währung), soweit nicht vom Budget abgedeckt;
- die Führung von Rechtsstreitigkeiten aller Art ab einem Streitwert über EUR 100.000,00 (oder vergleichbarem Wert in lokaler Währung);
- der Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Kredit- und sonstigen Finanzierungsverträgen und Gesellschafterdarlehen sowie die Gewährung von Sicherheiten jeder Art, insbesondere die Gewährung von

Garantien, Grundschulden, Bürgschaften, Verpfändungen von Anteilen in Tochtergesellschaften oder ähnlichen Sicherheiten und der Abschluss oder Abwicklung von Sicherungsgeschäften (z.B. Zinssicherung) oder Handel in anderen Derivaten mit Bezug zur Gesellschaft;

- der Abschluss, die Änderung und Beendigung von Arbeitsverträgen;
- jeder Gesellschaftervorbehalt in einer Tochtergesellschaft, es sei denn ein Mitarbeiter der Universal-Investment-Luxembourg S.A. handelnd als Gesellschafter der Tochtergesellschaft beschließt die vorbehaltene Angelegenheit in der Gesellschafterversammlung der Tochtergesellschaft.

Artikel 13. Gesellschafterversammlungen

13.1 Der Alleingesellschafter verfügt über alle Befugnisse, die der Gesellschafterversammlung zustehen.

13.2 Falls es zwei oder mehr Gesellschafter gibt, kann jeder Gesellschafter unabhängig von der Anzahl der Geschäftsanteile, die er hält, an Gemeinschaftsentscheidungen teilnehmen. Jeder Gesellschafter verfügt über der Anzahl seiner Geschäftsanteile entsprechende Stimmrechte.

13.3 Ein Gesellschafter kann eine anderen Person, die kein Gesellschafter sein muss, bevollmächtigen ihn bei Gesellschafterversammlungen zu vertreten, vorausgesetzt, dass die Vollmacht schriftlich erteilt wird, wobei sie per Fax, Email, Telegramm, Telex oder jedem anderen schriftlichen Kommunikationsmittel übermittelt werden kann.

13.4 Gesellschafterbeschlüsse sind nur wirksam getroffen, wenn sie von Gesellschaftern, die zusammen mehr als die Hälfte (1/2) des ausgegebenen Gesellschaftskapitals halten, angenommen werden. Beschlüsse zur Änderung der Satzung oder zur Auflösung und Liquidation der Gesellschaft bedürfen, vorbehaltlich der Bestimmungen des Gesetzes, einer Mehrheit der Gesellschafter, die gemeinsam mindestens drei Viertel (3/4) des ausgegebenen Gesellschaftskapitals halten.

13.5 Gesellschafterbeschlüsse können unter der Voraussetzung, dass die Anzahl der Gesellschafter der Gesellschaft sechzig (60) nicht übersteigt, anstatt auf einer Gesellschafterversammlung, schriftlich durch alle Gesellschafter gefasst werden. In einem solchen Fall wird jedem Gesellschafter ein schriftlicher Entwurf der Beschlüsse übersandt, die dieser dann unterzeichnet. In dieser Form gefasste schriftliche Beschlüsse in einem oder mehreren Dokumenten haben dieselbe Wirksamkeit wie auf einer Gesellschafterversammlung gefasste Beschlüsse.

13.6 Jede Bezugnahme in dieser Satzung auf Beschlüsse der Gesellschafterversammlung beinhaltet die Möglichkeit der schriftlichen Beschlussfassung, sofern die Gesamtzahl der Gesellschafter der Gesellschaft sechzig (60) nicht übersteigt.

13.7 Gesellschafterversammlungen, einschließlich der jährlichen Gesellschafterversammlung finden am Sitz der Gesellschaft oder an einem anderen Ort im Großherzogtum Luxemburg statt.

Artikel 14. Bekanntmachung der Gesellschafterversammlungen

14.1 Die Gesellschafter kommen in einer Gesellschafterversammlung nach einer Einberufung unter Beachtung der Satzung oder des Gesetzes durch den Verwaltungsrat, subsidiär, durch den/die Abschlussprüfer (falls vorhanden) oder, noch subsidiärer, durch Gesellschafter, die mehr als die Hälfte (1/2) des Stammkapital repräsentieren, zusammen, es sei denn, es gibt nur einen einzigen Gesellschafter.

14.2 Die an die Gesellschafter zu sendende Einberufungsnachricht enthält das Datum, die Zeit und den Ort der Versammlung sowie die Tagesordnung und die Art des Geschäfts, über das in der jeweiligen Gesellschafterversammlung Beschluss gefasst werden soll. Die Tagesordnung einer Gesellschafterversammlung beschreibt auch, wo angemessen, die vorgeschlagenen Änderungen der Satzung und gegebenenfalls den Wortlaut solcher Änderungen, die den Gesellschaftszweck oder die Form der Gesellschaft beeinflussen.

14.3 Wenn alle Gesellschafter auf einer Gesellschafterversammlung anwesend oder vertreten sind und wenn sie erklären, dass sie ordnungsgemäß über die Tagesordnung der Versammlung informiert worden sind, kann die Versammlung ohne vorherige Einberufung abgehalten werden.

Artikel 15. Teilnahme, Vertretung

15.1 Alle Gesellschafter sind berechtigt, an Gesellschafterversammlungen teilzunehmen und zu sprechen.

15.2 Ein Gesellschafter kann auf Gesellschafterversammlungen durch schriftliche, durch ein Kommunikationsmittel, das die Übertragung eines schriftlichen Textes erlaubt, übermittelte Bevollmächtigung einer anderen Person, die selbst kein Gesellschafter sein muss, handeln.

15.3 Ein oder mehrere Gesellschafter können an der Versammlung über Telefonkonferenz, Videokonferenz oder ein anderes ähnliches Kommunikationsmittel teilnehmen, welches ermöglicht, dass mehrere teilnehmende Personen gleichzeitig miteinander kommunizieren, dies jedoch nur unter der Maßgabe, dass ein Gesellschafter oder sein Bevollmächtigter physisch am Sitz der Gesellschaft anwesend ist. Eine unter Verwendung solcher Kommunikationsmittel abgehaltene Gesellschafterversammlung, gilt als Versammlung, die am Sitz der Gesellschaft stattgefunden hat.

Artikel 16. Verfahren

16.1 Jede Gesellschafterversammlung wird vom Vorsitzenden oder von einer durch den Verwaltungsrat bezeichneten Person oder bei Nichtvorliegen einer solchen Bezeichnung durch eine von der Gesellschafterversammlung bezeichnete Person geleitet.

16.2 Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung ernennt einen Schriftführer.

16.3 Die Gesellschafterversammlung wählt aus den Personen, die an der Hauptversammlung teilnehmen, einen (1) Stimmentzähler.

16.4 Der auf diese Weise bestimmte Vorsitzende, Schriftführer und Stimmentzähler bilden zusammen den Vorsitz der Gesellschafterversammlung

Artikel 17. Stimme

17.1 Bei einer ordentlichen Gesellschafterversammlung, die keine zur Abänderung der Satzung der Gesellschaft einberufene Gesellschafterversammlung oder eine Gesellschafterversammlung zur Fassung von Beschlüssen, deren Annahme den Mehrheitsanforderungen für eine Abänderung der Satzung unterliegt, ist, werden Beschlüsse durch Annahme durch Gesellschafter, die mehr als die Hälfte (1/2) des Stammkapitals repräsentieren gefasst. Wenn eine solche Mehrheit nicht bei der ersten Versammlung (oder schriftlichen Konsultation) erreicht wird, werden die Gesellschafter ein zweites Mal einberufen oder konsultiert und Beschlüsse werden, unabhängig von der Anzahl der vertretenen Geschäftsanteile, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

17.2 Bei einer Gesellschafterversammlung, die gemäß der Satzung oder dem Gesetz zum Zweck der Änderung der Satzung der Gesellschaft oder zu Beschlussfassungen, die den Mehrheitserfordernissen einer Satzungsänderung unterliegen, einberufen wurde, bedürfen Beschlüsse einer Zustimmung von mindestens drei Vierteln (3/4) des Stammkapitals. Dasselbe Erfordernis findet auf eine Änderung der Nationalität der Gesellschaft durch die Gesellschafter Anwendung.

Artikel 18. Protokoll

18.1 Das Protokoll der Gesellschafterversammlung ist von den anwesenden Gesellschaftern zu unterzeichnen und kann von jedem Gesellschafter oder Bevollmächtigten eines solchen unterzeichnet werden.

18.2 Beschlüsse des Einzelgesellschafters werden schriftlich dokumentiert und durch den Einzelgesellschafters unterzeichnet.

18.3 Kopien oder Auszüge von schriftlichen Gesellschafterbeschlüssen sowie des Protokolle der Gesellschafterversammlung, welche in gerichtlichen Verfahren oder anderweitig vorgelegt werden müssen, können vom Verwaltungsrat unterzeichnet werden.

KAPITEL IV. - GESCHÄFTSFÜHRER, WIRTSCHAFTSPRÜFER

Artikel 19. Geschäftsführer

19.1 Die Geschäfte der Gesellschaft werden von einem oder mehreren Geschäftsführern geführt, die keine Gesellschafter sein müssen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, bilden die Geschäftsführer einen Verwaltungsrat.

19.2 Wenn die Geschäfte der Gesellschaft von einem Geschäftsführer geführt werden, ist eine Bezugnahme auf den Verwaltungsrat in dieser Satzung, sofern anwendbar und insofern als der Begriff "Einzelgeschäftsführer" nicht ausdrücklich genannt wird, als Bezugnahme auf den "Einzelgeschäftsführer" zu verstehen.

19.3 Mit Ausnahme der Befugnisse, die durch das Gesetz oder diese Satzung den Gesellschaftern vorbehalten sind oder der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung unterliegen, ist der Verwaltungsrat mit sämtlichen Befugnissen, im Namen der Gesellschaft zu handeln und notwendige oder nützliche Handlungen zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks vorzunehmen, ausgestattet.

Artikel 20. Ernennung, Abberufung und Dauer des Mandats von Geschäftsführern

20.1 Der/die Geschäftsführer wird/werden von der Gesellschafterversammlung ernannt, welche die Anzahl der Geschäftsführer, ihre Vergütung und die Dauer ihres Mandats festlegt. Geschäftsführer können wiederernannt werden und können jederzeit, mit oder ohne Grund, durch Beschluss des/der Gesellschafter(s) mit einem Quorum von mehr als der Hälfte (1/2) des ausgegebenen Stammkapitals abberufen werden.

20.2 Der/die Gesellschafter können beschließen die ernannten Geschäftsführer in Geschäftsführer der Kategorie A (nachfolgend die "**Kategorie A Geschäftsführer**") und Geschäftsführer der Kategorie B (die "**Kategorie B Geschäftsführer**") einzuteilen.

Artikel 21. Bevollmächtigung, Vertretung der Gesellschaft

21.1 Der Verwaltungsrat kann auf einzelne Personen oder Komitees Befugnisse übertragen oder diese bevollmächtigen oder ihnen bestimmte dauerhafte oder zeitlich beschränkte Funktionen übertragen, nachdem ein Gesellschafterbeschluss diese Personen bestätigt hat.

21.2 Die Gesellschaft wird gegenüber Dritten durch die Unterschrift ihres Einzelgeschäftsführers oder im Falle von mehreren Geschäftsführern durch die Unterschriften von mindestens zwei (2) Mitgliedern des Verwaltungsrats verpflichtet. Falls der/die Gesellschafter die Geschäftsführer in Kategorie A Geschäftsführer und Kategorie B Geschäftsführer eingeteilt hat/haben, wird die Gesellschaft gegenüber

Dritten durch die gemeinschaftliche Unterschrift eines Kategorie A Geschäftsführers und eines Kategorie B Geschäftsführers verpflichtet.

Artikel 22. Einberufung von Sitzungen des Verwaltungsrats

22.1 Der Verwaltungsrat tritt auf Verlangen eines jeden Geschäftsführers zusammen. Die Sitzungen des Verwaltungsrats werden am Sitz der Gesellschaft abgehalten, es sei denn, ein anderer Ort ist in der Einladung angegeben.

22.2 Eine schriftliche Einladung für jede Sitzung des Verwaltungsrats muss den Geschäftsführern vierundzwanzig (24) Stunden vor der für die Sitzung festgesetzten Zeit zugehen, es sei denn, es handelt sich um einen Notfall, wobei in diesem Fall die Art und die Gründe des Notfalls in der Einladung genannt sein müssen. Eine solche Einladung kann mit schriftlicher, per Fax Email oder einem anderem vergleichbaren Kommunikationsmittel erteilten Zustimmung aller Geschäftsführer unterbleiben, eine Kopie eines solchen unterzeichneten Dokuments wird als ausreichender Nachweis angesehen. Keine Einladung ist erforderlich für eine Sitzung des Verwaltungsrats, die zu einer Zeit und an einem Ort, welche in einem vorherigen allen Geschäftsführern kommunizierten Beschluss bestimmt wurden, stattfindet.

22.3 Eine vorherige Einladung ist nicht erforderlich, wenn alle Geschäftsführer bei der Verwaltungsratssitzung anwesend sind und auf das Einladungserfordernis verzichten oder im Falle von schriftlichen bestätigten und von allen Mitgliedern des Verwaltungsrats unterzeichneten Beschlüssen.

Artikel 23. Abhalten von Verwaltungsratssitzungen

23.1 Der Verwaltungsrat kann aus der Mitte seiner Mitglieder einen Vorsitzenden wählen. Er kann auch einen Schriftführer, der kein Geschäftsführer sein muss, für die Anfertigung der Sitzungsprotokolle des Verwaltungsrats ernennen.

23.2 Der Vorsitzende, sofern es einen solchen gibt, führt den Vorsitz aller Verwaltungsratssitzungen. In seiner Abwesenheit ernennt der Verwaltungsrat einen anderen Geschäftsführer zum Vorsitzenden *pro tempore* durch Wahl durch die Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Geschäftsführer.

23.3 Jeder Geschäftsführer kann sich bei Verwaltungsratssitzungen von einem anderen Geschäftsführer vertreten lassen, wenn er diesen schriftlich, per Fax, Email, Telex oder durch ein anderes angemessenes Kommunikationsmittel bevollmächtigt hat, eine Kopie einer solchen Bevollmächtigung ist ausreichender Beweis für diese. Ein Geschäftsführer kann einen oder mehrere, jedoch nicht alle anderen Geschäftsführer vertreten.

23.4 Verwaltungsratssitzungen können auch als Telefon- oder Videokonferenz oder über jedes andere Kommunikationsmittel abgehalten werden, das es allen an der Sitzung teilnehmenden Personen erlaubt, sich dauerhaft gegenseitig zu hören und eine effektive Teilnahme an der Sitzung ermöglicht. Eine Teilnahme an einer über diese Kommunikationsmittel abgehaltenen Sitzung steht einer persönlichen Teilnahme an einer Sitzung gleich und die Sitzung gilt als am Sitz der Gesellschaft abgehalten.

23.5 Der Verwaltungsrat ist nur beschlussfähig oder kann nur wirksam handeln, wenn zumindest die Mehrheit der Geschäftsführer bei der Verwaltungsratssitzung anwesend oder vertreten ist.

23.6 Beschlüsse werden mit der Mehrheit der Stimmen der bei einer Sitzung anwesenden oder vertretenen Geschäftsführer getroffen.

23.7 Der Verwaltungsrat kann einstimmige Beschlüsse im Umlaufverfahren treffen, wenn er seine Zustimmung schriftlich, per Fax, Email oder einem anderen vergleichbaren Kommunikationsmittel übermittelt. Jeder Geschäftsführer kann seine Zustimmung separat übermitteln, die Gesamtheit der Zustimmungen belegt die Annahme des Beschlusses. Datum solcher Beschlüsse ist das Datum der letzten Unterschrift. Auf diese Weise gefasste Beschlüsse gelten als am Sitz der Gesellschaft gefasste Beschlüsse.

Artikel 24. Protokoll von Verwaltungsratssitzungen, Protokoll der Entscheidungen des Einzelgeschäftsführers

24.1. Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden schriftlich festgehalten.

24.2 Die Protokolle von Verwaltungsratssitzungen werden vom Vorsitzenden, falls es einen solchen gibt, oder in seiner Abwesenheit vom Vorsitzenden *pro tempore* und dem Schriftführer, falls es einen gibt, unterzeichnet, oder von einem Geschäftsführer. Sämtliche Vollmachten bleiben den Protokollen beigelegt. Kopien oder Auszüge von Protokollen, welche für juristische Verfahren oder anderweitig erstellt werden, werden vom Vorsitzenden, falls es einen solchen gibt, oder von einem Geschäftsführer unterzeichnet.

24.3 Entscheidungen des Einzelgeschäftsführers werden in einem Protokoll aufgezeichnet, das vom Einzelgeschäftsführer unterzeichnet wird. Kopien oder Auszüge solcher Protokolle, die für juristische Verfahren oder anderweitig benötigt werden, werden vom Einzelgeschäftsführer unterzeichnet.

Artikel 25. Geschäftsführervergütung und Auslagen

Vorbehaltlich der Zustimmung durch den/die Gesellschafter, kann der/können die Geschäftsführer eine Vergütung für die Führung der Geschäfte der Gesellschaft und zusätzlich den Ersatz aller anderen

Auslagen, die er/sie in Zusammenhang mit der Führung der Geschäfte der Gesellschaft oder der Verfolgung des Gesellschaftszwecks hatte/n, erhalten.

Artikel 26. Interessenkonflikte

26.1 Wenn einer der Geschäftsführer der Gesellschaft ein direktes oder indirektes persönliches Interesse unter Vermögensgesichtspunkten an einem Geschäft der Gesellschaft hat oder haben kann, muss der Geschäftsführer dieses persönliche Interesse gegenüber dem/den anderen Geschäftsführern offen legen und darf hinsichtlich dieses Geschäfts nicht mitberaten oder abstimmen.

26.2 Eine solches Geschäft und das Interesse des Geschäftsführers ist dem/den Gesellschafter/n in einem gesonderten Bericht vor der Stimmabgabe des Geschäftsführers hinsichtlich anderer Beschlussfassungen offen zu legen.

26.3 Falls aufgrund von Interessenkonflikten, die Zahl der Geschäftsführer, die nach der Satzung zur Beratung und Beschlussfassung erforderlich ist, nicht erreicht wird, können die Geschäftsführer die Entscheidung der Gesellschafterversammlung übertragen.

26.4 Die vorstehenden Absätze dieses Artikels gelten nicht, wenn das betreffende Geschäft in den gewöhnlichen Geschäftsverkehr der Gesellschaft fällt und unter fairen Marktbedingungen abgeschlossen wird.

26.5 Kein Vertrag oder anderes Geschäft zwischen der Gesellschaft und einer anderen Gesellschaft oder einem anderen Unternehmen wird durch die bloße Tatsache berührt oder ungültig, dass ein oder mehrere der Geschäftsführer oder leitenden Angestellten der Gesellschaft ein persönliches Interesse an einer solchen anderen Gesellschaft oder einem solchen anderen Unternehmen hat oder Geschäftsführer, Gesellschafter, Mitglied, Anteilseigner, leitender Angestellter oder Arbeitnehmer in der Gesellschaft oder dem Unternehmen ist. Jede Person, die wie vorstehend beschrieben mit einer Gesellschaft oder einem Unternehmen, mit der/dem die Gesellschaft Verträge abschließt oder sonstige Geschäftsbeziehungen eingeht, in Beziehung steht, wird aufgrund dieser Beziehung zu der anderen Gesellschaft oder zu dem anderen Unternehmen automatisch von der Beratung, Beschlussfassung oder Befassung mit diesem Vertrag oder dieser Geschäftsbeziehung in Zusammenhang stehenden Sachen ausgeschlossen.

Artikel 27. Rechnungsprüfer

27.1 Außer wenn nach den anwendbaren Gesetzen, die Jahres- und/oder konsolidierten Abschlüsse der Gesellschaft von einem anerkannten Wirtschaftsprüfer (*réviseur d'entreprises agréé*) geprüft werden müssen, kann und wird in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen das Geschäft der Gesellschaft und ihre finanzielle Situation,

eingeschlossen insbesondere ihre Bücher und Konten, von einem oder mehreren Rechnungsprüfern (*commissaire(s)*), die keine Gesellschafter sein müssen geprüft.

27.2 Die gesetzlichen oder geprüften gesetzlichen Rechnungsprüfer, falls es solche gibt, werden von der Gesellschafterversammlung ernannt, die die Anzahl der Rechnungsprüfer und die Dauer ihres Mandats festlegt. Sie können wiederernannt werden. Sie können jederzeit durch Gesellschafterbeschluss, mit oder ohne Grund, abberufen werden, außer in solchen Fällen, in denen der geprüfte gesetzliche Rechnungsprüfer gemäß der anwendbaren gesetzlichen Regelungen nur aus wichtigem Grund oder im beiderseitigem Einvernehmen abberufen werden kann.

KAPITEL V. - GESCHÄFTSJAH, JAHRESABSCHLUSS, GEWINNVERTEILUNG

Artikel 28. Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines jeden Jahres.

Artikel 29. Beschlussfassung über den Jahresabschluss

29.1 Am Ende eines jeden Geschäftsjahres werden die Konten geschlossen und der Verwaltungsrat nimmt eine Inventarisierung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten vor, erstellt die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung gemäß den anwendbaren Gesetzen.

29.2 Die jährlichen Abschlüsse der Gesellschaft und/oder konsolidierte Abschlüsse werden den Gesellschaftern zur Bestätigung übermittelt.

29.3 Jeder Gesellschafter oder sein Vertreter kann die Jahresabschlussdokumente am Sitz der Gesellschaft einsehen.

Art. 30. Gewinnverteilung.

30.1 Vom jährlichen Nettogewinn der Gesellschaft werden mindestens fünf Prozent (5%) der gesetzlich vorgeschriebenen Rücklage (die "**Gesetzliche Rücklage**") zugeführt. Diese Zuführung in die Gesetzliche Rücklage ist nicht mehr erforderlich, wenn die Gesetzliche Rücklage zehn Prozent (10%) des ausgegebenen Stammkapitals der Gesellschaft beträgt.

30.2 Nach Zuweisung in die Gesetzliche Rücklage, können die Gesellschafter bestimmen, wie der verbleibende Nettojahresgewinn verwendet wird, indem sie diesen insgesamt oder in Teilen einer Rücklage oder einer Provision durch Vortrag auf das nächste Geschäftsjahr zuweisen oder ihn zusammen mit vorgetragenen Gewinnen, ausschüttbaren Rücklagen oder Vorzugsbeteiligungen an die Gesellschafter verteilen, wobei jeder Geschäftsanteil den gleichen Anteil an solchen Verteilungen gewährt.

30.3 Ungeachtet der vorstehenden Regelung können die Gesellschafter auf der Basis einer vom Verwaltungsrat vorbereiteten Rechnungslegung, aus der hervorgeht, dass genügend Mittel zur Ausschüttung zur Verfügung stehen, entscheiden, vor Ende des laufenden Geschäftsjahrs Zwischendividenden zu zahlen, wobei Voraussetzung ist, dass der zu verteilende Betrag die seit dem Ende des letzten Geschäftsjahrs erzielten Gewinne, erhöht um die vorgetragenen Gewinne und ausschüttbaren Reserven, und verringert um die vorgetragenen Verluste und Beträge, die der Rücklage im Einklang mit dem Gesetz oder der Satzung zuzuführen sind, nicht übersteigen darf.

KAPITEL VI. - AUFLÖSUNG, LIQUIDATION

Artikel 31. Auflösung, Liquidation

31.1 Die Gesellschaft kann durch Beschluss der/des Gesellschafter(s), die/der mindestens drei Viertel (3/4) des ausgegebenen Stammkapitals repräsentiert, aufgelöst werden.

31.2 Im Falle einer Auflösung der Gesellschaft gemäß Artikel 31.1, wird die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren durchgeführt, die von der Gesellschafterversammlung, die die Auflösung beschlossen hat, ernannt werden und die ihre Befugnisse und Vergütung bestimmt. Sofern nicht anders beschlossen haben die Liquidatoren weitest gehende Befugnisse zur Verwertung der Vermögensgegenstände und Zahlung der Verbindlichkeiten der Gesellschaft.

31.3 Der aus der Verwertung der Vermögenwerte resultierende Überschuss wird unter den Gesellschaftern im Verhältnis ihrer an der Gesellschaft gehaltenen Geschäftsanteile verteilt.

KAPITEL VII. - ANWENDBARES RECHT

Artikel 32. Sämtliche nicht ausdrücklich durch diese Satzung geregelten Angelegenheiten richten sich nach den gesetzlichen Regelungen des Großherzogtums Luxemburg, insbesondere dem Gesetz.

Übergangsregelungen

Das erste Geschäftsjahr beginnt am Tag der Errichtung dieser Urkunde und endet am 31. Dezember 2017.

Zeichnung - Zahlung

Die zwölftausend (12.000) Geschäftsanteile, die das gesamte Gesellschaftskapital ausmachen wurden von Universal-Investment-Luxembourg S.A., vorbenannt und handelnd als Alternative Investment Fund Manager (AIFM) des **BVK-Pan-Asien-Immobilienfonds FCP-SIF (Teilfonds BVK-Pan-Asien-Immobilienfonds ARCH)** zu 100% (12.000 Geschäftsanteile) vollständig gezeichnet und in bar eingezahlt.

Der Betrag von zwölftausend Euro (EUR 12.000,00) steht der Gesellschaft zum jetzigen Zeitpunkt frei zur Verfügung, was dem unterzeichneten Notar nachgewiesen wurde.

Beschluss des Gesellschafters

Unmittelbar nach der Errichtung der Gesellschaft, hat der Gesellschafter, der das gesamte gezeichnete Stammkapital hält und die an die Gesellschafterversammlung übertragenen Befugnisse ausübt, folgende Beschlüsse gefasst:

(1) Die nachfolgenden Personen werden für unbestimmte Dauer als Geschäftsführer bestellt:

- **Ramon van Heusden**, Kategorie A Geschäftsführer, mit Geschäftsanschrift in 20, rue de la Poste, L-2346 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg;
- **Jorrit Cromptvoets**, Kategorie A Geschäftsführer, mit Geschäftsanschrift in 20, rue de la Poste, L-2346 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg;
- **Chou Chien-Hwa**, Kategorie B Geschäftsführer, mit Geschäftsanschrift in Suite 5601, Wheelock Square 1717, Nanjing West Road, Shanghai 200040, China;
- **Esther Dorothee Atwell**, Kategorie B Geschäftsführer, mit Geschäftsanschrift in Theodor-Heuss-Allee 70, D- 60486 Frankfurt am Main, Deutschland.

(2) Die Gesellschaft hat ihren Gesellschaftssitz in 20, rue de la Poste, L-2346 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg.

Kostenschätzung

Die Kosten, Ausgaben, Vergütungen und Aufwendungen jeglicher Art, welche von der Gesellschaft im Zusammenhang mit ihrer Gründung getragen oder in Rechnung gestellt werden, werden auf ungefähr eintausendvierhundert Euro (EUR 1.400,00) geschätzt.

Erklärung

Der unterzeichnete Notar, der Englisch versteht und spricht, erklärt hiermit, dass auf Wunsch der oben erschienenen Partei die vorliegende Urkunde in Deutsch abgefasst worden ist, gefolgt von einer englischen Übersetzung; auf Wunsch derselben erschienenen Parteien soll, im Falle eines Abweichens des englischen und deutschen Textes, die deutsche Version maßgebend sein.

WÖRÜBER Urkunde aufgenommen am zu Beginn der Urkunde genannten Tag

Nach Vorlesung der vorliegenden Urkunde gegenüber der erschienenen Person, wie vorerwähnt handelnd, dem Notar nach Namen, Vornamen, Zivilstand und Wohnort bekannt, hat die Bevollmächtigte die vorliegende Urkunde mit dem Notar unterzeichnet.

The English translation of the previous text follows.
--

In the year two thousand and sixteen, on the sixteenth day of December.

Before the undersigned Maître **Martine SCHAEFFER**, notary residing in Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg,

There appeared:

Universal-Investment-Luxembourg S.A., a public limited company (société anonyme) having its registered office is at 15, rue de Flaxweiler, L-6776 Grevenmacher, being registered with the Luxembourg RCS under number B75014, **acting as Alternative Investment Fund Manager (AIFM) of BVK-Pan-Asien-Immobilienfonds FCP-SIF (Sub-Fund BVK-Pan-Asien-Immobilienfonds ARCH)**,

represented by Mr. Liridon ELSHANI, private employee, having his professional address in Luxembourg by virtue of a power of attorney given under private seal on the 9th of December 2016.

The said power of attorney/s, initialed "*ne varietur*" by the appearing person, shall remain annexed to the present deed for the purpose of registration.

The appearing party, represented as stated here above, has requested the undersigned notary to draw up the following articles of association of a private limited liability company (*société à responsabilité limitée*) which is hereby incorporated:

CHAPTER I. – FORM, NAME, REGISTERED OFFICE, OBJECT, DURATION

Article 1. Form, Name

There is hereby established a private limited liability company (*société à responsabilité limitée*) under the name "**Eastern Danube Investment S.à r.l.**" (hereinafter the "**Company**") which shall be governed by the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended (hereinafter the "**Law**") and by the present articles of association (hereinafter the "**Articles**").

Article 2. Registered Office

2.1 The registered office of the Company is established in the municipality of Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg.

2.2 The address of the registered office may be transferred within the municipality by decision of the sole manager or, in case of plurality of managers, the Board of Managers of the Company.

2.3 It may be transferred to any other place in the Grand Duchy of Luxembourg (i) by means of a resolution of an extraordinary general meeting of its shareholders deliberating in the manner provided for amendments to the Articles or (ii) by a resolution of the sole manager or, in case of plurality of managers, the Board of Managers of the Company. In this last case, the sole manager or the Board of Managers shall have the power to proceed with any formalities by way of a notarial deed (statement), in order to reflect this change in the Articles of Association.

2.4 In the event that, in the view of the board of managers, extraordinary political, economic or social developments occur or are imminent that would interfere with the normal activities of the Company at its registered office or with the ease of communications with such office or between such office and persons abroad, the Company may temporarily transfer the registered office abroad, until the complete termination of these abnormal circumstances. Such temporary measures will have no effect on the nationality of the Company, which, notwithstanding the temporary transfer of the registered office, will remain a company governed by the Law. Such temporary measures will be taken and notified to any interested parties by the board of managers.

Article 3. Object

3.1 The Company's object is the acquisition of participations in any Real Estate Company (as defined under Article 3.4) in any form whatsoever, in Luxembourg or abroad, and the management of those participations. As ancillary activity in relation to the investments in Real Estate Companies, the Company may incur borrowings and it may lend funds, including, without limitation, the proceeds of any borrowings, to its subsidiaries. The activities and the object of the Company are restricted by the investment guidelines of Sub-Fund BVK-Pan-Asien-Immobilienfonds ARCH, sub-fund of BVK-Pan-Asien-Immobilienfonds FCP-SIF ("**Fund**"). The Company qualifies as real estate company pursuant to section 1 para. 19 no. 22 of the German Capital Investment Code (*Kapitalanlagegesetzbuch*). Within the limits of its objects, the Company may perform all legally permitted commercial or financial transactions.

3.2 Only the following assets may be acquired by the Company:

- Real Estate (as defined under Article 3.3) and
- Real Estate Companies (as defined under Article 3.4); and, on an ancillary basis,
- Liquidity Investments (as defined under Article 3.5).

3.3 "Real Estate" means (i) property, (ii) hereditary building rights, (iii) flat property, part ownership, hereditary building rights relating to flats, partial hereditary building rights and (iv) usufruct rights, each under the laws of the Federal Republic of Germany as well as comparable rights under the laws of other states, and (v) assets required for the management of the real estate. The Real Estate must be situated in the People's Republic of China, Thailand, Singapore, the Philippines, Hong Kong/Macau or Taiwan.

3.4 "Real Estate Company" means an existing or newly established company which, pursuant to its partnership agreement or articles of association, may only acquire and hold Real Estate (including assets required for the management of the real estate) or interests in companies which, pursuant to its partnership agreement or articles of association may only acquire or hold (in a chain of entities) Real Estate. The acquisition of usufruct rights is not permitted to Real Estate Companies. Real Estate Companies are not subject to any restrictions as regards their registered office.

3.5 "Liquidity Investments" include (i) Bank Deposits, (ii) Money Market Instruments, (iii) securities which are admitted by the European Central Bank or the Deutsche Bundesbank as collateral for the credit transactions referred to in Article 18.1 of the Protocol on the Statute of the European System of Central Banks and the European Central Bank or whose admission will according to the terms and conditions of issue be applied for, provided that the admission occurs within a year after their issue ("**ECB-Securities**"); (iv) units of investment funds [within the meaning of section 1 para. 1b) sentence 2 and section 22 para. 2 German Investment Tax Act which pursuant to its investment guidelines may only invest in Bank Deposits, Money Market Instruments or ECB-Securities, and (v) securities which are admitted to trading on a regulated market or fixed-interest securities, provided they do not exceed five percent (5%) of the net asset value of the Fund.

3.6 "Bank Deposits" means deposits that (i) have a term of maturity of no more than twelve months and (ii) may be maintained with a credit institution with registered office in a member state of the European Union, in another contracting state to the EEA or in a non-EEA state whose credit institutions are subject to an ongoing supervision.

3.7 "Money Market Instruments" means instruments which are usually traded on the money market and interest-bearing securities which, at the time of their acquisition for the Fund, have a residual maturity of no more than 397 days, the interest on which, according to the terms and conditions of issue, is adjusted to market conditions regularly but at least once in 397

days during their entire term or whose risk profile corresponds to the risk profile of such securities.

3.8 The Company will not carry out any activities which result in a breach of the investment restrictions of the Fund, as they would not constitute a permitted activity of a real estate company held by the fund.

Article 4. Duration

4.1 The Company is formed for an unlimited duration.

4.2 It may be dissolved at any time and with or without cause by a resolution of the general meeting of shareholders adopted in the manner required for an amendment of these Articles accordingly. The same applies for any merger or conversion of the Company.

CHAPTER II. SHARE CAPITAL, SHARES

Article 5. Share Capital

5.1 The Company's share capital is set at twelve thousand euro (EUR 12,000.00), represented by twelve thousand (12,000) shares with a nominal value of one euro (EUR 1.00) each.

5.2 The Company's share capital may be increased or reduced by a resolution of the general meeting of shareholders adopted in the manner required for an amendment of these Articles.

5.3 The Company may repurchase its own shares subject to the relevant provisions of the Law.

Article 6. Shares

6.1 The Company's share capital is divided into shares, each of them having the same nominal value. Each share entitles to one (1) vote.

6.2 The shares of the Company are in registered form only.

6.3 Each share is indivisible as far as the Company is concerned. The Company recognises only one holder per share. In case a share is owned by several persons, they shall appoint a single representative who shall represent them in respect of the Company. The Company has the right to suspend the exercise of all rights attached to that share, except for relevant information rights, until such representative has been appointed.

6.4 The board of managers may suspend the voting rights attached to the shares held by a shareholder who is in default under its obligations towards the Company pursuant to the Articles or pursuant to the provisions of a shareholders' agreement.

6.5 To the extent legally permissible, a shareholder may individually undertake not to exercise, permanently or temporally, all or part of its voting rights. Such a waiver binds the relevant shareholder and the Company as from its notification to the Company.

Article 7. Transfer of Shares

7.1 Shares are freely transferable among shareholders.

7.2 When the Company is composed of a single shareholder, the single shareholder may freely transfer its shares.

7.3 *Inter vivos*, shares may only be transferred to third party transferees subject to the prior approval of such transfer given by shareholders holding at least three quarters of all the shares in issue.

7.4 In the event of death, the shares of the deceased shareholder may only be transferred to new shareholders subject to the approval of such transfer given by the remaining shareholders holding at least half of the shares owned by the remaining shareholders. Such approval is, however, not required in case the shares are transferred either to parents, descendants or the surviving spouse or any other legal heir of the deceased shareholder.

Article 8. Register of Shares

A register of shares shall be kept at the registered office of the Company, where it shall be available for inspection by any shareholder. This register shall contain all the information required by the Law. Certificates evidencing registrations made in the register with respect to a shareholder may be issued upon request and at the expense of the relevant shareholder.

Article 9. Increase and Reduction of Capital

9.1 The issued capital of the Company may be increased or reduced one or several times by a resolution of the shareholder(s) adopted in compliance with the quorum and majority rules set by Article 18.2 and the Law for any amendment of the Articles.

9.2 The Company may acquire its own shares upon approval of such acquisition by a resolution of the shareholder(s). The acquisition and holding of its own shares by the Company will be in compliance with the conditions and limits provided by the Law.

9.3 Upon prior approval by a resolution of the shareholder(s), the board of managers may cancel the shares acquired by the Company and record a share capital reduction accordingly.

Article 10. Incapacity, Death, Suspension of civil rights, Bankruptcy or Insolvency of a Shareholder

The incapacity, death, suspension of civil rights, bankruptcy, insolvency or any other similar event affecting the shareholder(s) does not put the Company into liquidation.

CHAPTER III. SHAREHOLDERS

Article 11. Powers of the Shareholders

11.1 The shareholder(s) shall have such powers as are vested in them pursuant to the Articles and the Law. The single shareholder carries out the powers bestowed on the general meeting of shareholders.

11.2 Any properly constituted general meeting of shareholders of the Company represents the entire body of shareholders.

Article 12. Matters reserved to the prior approval of the shareholders

In addition to Articles 2.3, 4.2, 5.2, 7.3, 7.4, 9.1, 9.2, 9.3, 20, 25, 27.2, 29.2, 30.2, 31.1 and 31.2, the following reserved matters are subject to a prior resolution of the shareholders:

- any merger, (full) transfer of assets, conversion, or other fundamental action of the Company;
- the establishment of changes in the share ownership ratio of the Company or sale of subsidiaries as well as the purchase or sale of shares and dissolution of subsidiaries;
- the creation of encumbrances or easements with respect to the property
- the construction of buildings and other building projects as well as any acquisition of (additional) real estate or sale of real estate or parts of the property;
- any transaction or binding commitment with a monetary value of more than 100,000.00 EUR (or value equivalent in local currency) unless covered by the agreed budget
- the initiation or defense of any litigation with a claim value of more than EUR 100,000.00 (or value equivalent in local currencies);
- the conclusion, amendment and termination of loan agreements or other borrowings and shareholder loans as well as granting of collateral of any kind, in particular the granting of guarantees, mortgages, pledge of shares in subsidiaries and similar collateral or any entering or closing out of any hedging facilities (for example interest hedging) or other derivatives in relation to the Company;
- the conclusion, amendment and termination of employment agreements;
- any shareholder approval to a subsidiary which is required according to the reserved matters of that subsidiary, unless an employee of Universal-Investment-Luxembourg S.A. acting as shareholder of the subsidiary resolves the reserved matter in the shareholders meeting of the subsidiary.

Article 13. General Meetings

13.1 The single shareholder assumes all the powers conferred to the general shareholder's meeting.

13.2 Should there be two or more shareholders, each shareholder may take part in collective decisions irrespective of the number of shares he or she or it owns. Each shareholder has voting rights which commensurate with his/her/its shareholding.

13.3 A shareholder may procure his/her/its representation at any general meeting of shareholders by a proxy given to a proxy holder, who does not need to be a shareholder, provided that the proxy is given in writing, which may be transmitted by facsimile, e-mail, telegram, telex or any other means of written communication.

13.4 Collective decisions are only validly taken insofar as they are adopted by shareholders representing more than half (1/2) of the issued share capital. Resolutions to alter the Articles or to wind up and liquidate the Company may only be adopted by the majority in number of the shareholders representing at least three quarters (3/4) of the Company's issued share capital, subject to the provisions of the Law.

13.5 Resolutions of shareholders can, provided that the total number of shareholders of the Company does not exceed sixty (60), instead of being passed at a general meeting of shareholders, be passed in writing by all the shareholders. In this case, each shareholder shall be served with a written draft of the resolutions to be passed, and shall sign the resolutions. Such resolutions passed in writing on one or several counterparts instead of a general meeting shall have the force of resolutions passed at a general meeting of shareholders.

13.6 Any reference in these Articles to resolutions of the shareholders or the general meeting of shareholders shall be construed as including the possibility of written resolutions of the shareholders, provided that the total number of shareholders of the Company does not exceed sixty (60).

13.7 General meetings of shareholders, including the annual general meeting of shareholders will be held at the registered office of the Company or at such other place in the Grand Duchy of Luxembourg.

Article 14. Notice of General Meetings

14.1 Unless there is only one single shareholder, the shareholders meet in a general meeting of shareholders upon issuance of a convening notice in compliance with the Articles or the Law, by the board of managers, subsidiarily, by the statutory auditor(s) (if any) or, more subsidiarily, by shareholders representing more than half (1/2) of the capital.

14.2 The convening notice to be sent to the shareholders will specify the date, the time and the place of the meeting as well as the agenda and the nature of the business to be transacted at the relevant general meeting of shareholders. The agenda for a general meeting of shareholders shall also, where appropriate, describe any proposed changes to the Articles and, if applicable, set out the text of those changes affecting the object or form of the Company.

14.3 If all the shareholders are present or represented at a general meeting of shareholders and if they state that they have been duly informed of the agenda of the meeting, the meeting may be held without prior notice.

Article 15. Attendance, Representation

15.1 All shareholders are entitled to attend and speak at any general meeting of shareholders.

15.2 A shareholder may act at any general meeting of shareholders by appointing in writing, transmitted by any means of communication allowing for the transmission of a written text, another person who need not be a shareholder himself, as a proxyholder.

15.3 One or more shareholders may participate in a meeting by conference call, videoconference or any other similar means of communication enabling thus several persons participating therein to simultaneously communicate with each other but only to the extent that one shareholder or its proxyholder is physically present at the registered office of the Company. A meeting held using such means of communication is deemed to have taken place at the Company's registered office.

Article 16. Proceedings

16.1 Any general meeting of shareholders shall be presided over by the chairman or by a person designated by the board of managers or, in the absence of such designation, by the general meeting of shareholders.

16.2 The chairman of the general meeting of shareholders shall appoint a secretary.

16.3 The general meeting of shareholders shall elect one (1) scrutineer to be chosen from the persons attending the general meeting of shareholders.

16.4 The chairman, the secretary and the scrutineer so appointed together form the board of the general meeting.

Article 17. Vote

17.1 At any general meeting of shareholders other than a general meeting convened for the purpose of amending the Articles of the Company or voting on resolutions whose adoption is subject to the majority requirements of an amendment to the Articles, resolutions shall be adopted by shareholders representing more than half (1/2) of the capital. If such majority is not reached at the first meeting (or consultation in writing), the shareholders shall be convened (or consulted) a second time and resolutions shall be adopted, irrespective of the number of shares represented, by a simple majority of votes cast.

17.2 At any general meeting of shareholders, convened in accordance with the Articles or the Law, for the purpose of amending the Articles of the Company or voting on resolutions whose adoption is subject to the majority requirements of an amendment to the Articles, resolutions

require the approval of at least three quarters (3/4) of the capital. The same requirement applies to the change of the Company's nationality by the shareholders.

Article 18. Minutes

18.1 The minutes of the general meeting of shareholders shall be signed by the shareholders present and may be signed by any shareholders or proxies of shareholders, who so request.

18.2 The resolutions adopted by the single shareholder shall be documented in writing and signed by the single shareholder.

18.3 Copies or extracts of the written resolutions adopted by the shareholder(s) as well as of the minutes of the general meeting of shareholders to be produced in judicial proceedings or otherwise may be signed by the board of managers.

CHAPTER IV. MANAGERS, AUDITORS

Article 19. Managers

19.1 The Company shall be managed by one or several managers who need not be shareholders themselves. If the Company has several managers, the managers form a board of managers.

19.2 If the Company is managed by a sole manager, to the extent applicable and where the term "sole manager" is not expressly mentioned in these Articles, a reference to the "board of managers" used in these Articles is to be construed as a reference to the sole manager.

19.3 The board of managers is vested with the broadest powers to act in the name of the Company and to take any actions necessary or useful to fulfil the Company's corporate purpose, with the exception of the powers reserved by the Laws or by these Articles to the general meeting of shareholders or its prior approval.

Article 20. Appointment, removal and duration of mandate of managers

20.1 The manager(s) shall be appointed by the general meeting of shareholders, which shall determine their number, their remuneration and the duration of their mandate. Managers are eligible for re-appointment and may be removed at any time, with or without cause, by a resolution of the shareholder(s) representing more than half (1/2) of the Company's issued share capital.

20.2 The shareholder(s) may decide to qualify appointed managers as class A managers (the "**Class A Managers**") or class B managers (the "**Class B Managers**").

Article 21. Delegation of Powers, Representation of the Company

21.1 The board of managers may delegate special powers or proxies, or entrust determined permanent or temporary functions to

persons or committees chosen by them after the approval of such persons or committees by a resolution of the shareholder(s).

21.2 The Company shall be bound towards third parties by the sole signature of its single manager, or, in case of plurality of managers by the joint signatures of two managers. However, if the shareholder(s) have qualified the managers as Class A Managers or Class B Managers, the Company will only be bound towards third parties by the joint signatures of one Class A Manager and one Class B Manager.

Article 22. Convening Meetings of the Board of Managers

22.1 The board of managers shall meet upon call by any manager. The meetings of the board of managers shall be held at the registered office of the Company unless otherwise indicated in the notice of the meeting.

22.2 Written notice of any meeting of the board of managers must be given to managers twenty-four (24) hours at least in advance of the time scheduled for the meeting, except in cases of emergency, in which case the nature and the reasons of such emergency must be mentioned in the notice. Such notice may be omitted in case of consent of each manager in writing, by facsimile, electronic mail or any other similar means of communication, a copy of such signed document being sufficient proof thereof. No prior notice shall be required for a board meeting to be held at a time and location determined in a prior resolution adopted by the board of managers which has been communicated to all managers.

22.3 No prior notice shall be required in case all managers are present or represented at a board meeting and waive any convening requirement or in the case of resolutions in writing approved and signed by all members of the board of managers.

Article 23. Conduct of meeting of the board of managers

23.1 The board of managers may elect a chairman from among its members. It may also choose a secretary, who need not be a manager and who shall be responsible for keeping the minutes of the meetings of the board of managers.

23.2 The chairman, if any, shall chair all meetings of the board of managers. In his absence, the board of managers may appoint another manager as chairman *pro tempore* by vote of the majority of managers present or represented.

23.3 Any manager may act at any meeting of the board of managers by appointing another manager as his proxy in writing, by facsimile, electronic mail or any other similar means of communication, a copy of the appointment being sufficient proof thereof. A manager may represent one or more but not all the other managers.

23.4 Meetings of the board of managers may also be held by conference call or video conference or by any other means of communication, allowing all persons participating at such meeting to hear one another on a continuous basis and allowing for an effective participation in the meeting. Participation in a meeting by these means is equivalent to participation in person at such meeting and the meeting is deemed to be held at the registered office of the Company.

23.5 The board of managers may deliberate or act validly only if at least a majority of the managers are present or represented at a meeting of the board of managers.

23.6 Decisions shall be taken by a majority of the votes of the managers present or represented at such meeting.

23.7 The board of managers may unanimously pass resolutions by circular means when expressing its approval in writing, by facsimile, electronic mail or any other similar means of communication. Each manager may express his consent separately, the entirety of the consents evidencing the adoption of the resolutions. The date of such resolutions shall be the date of the last signature. Resolutions adopted in such manner shall be deemed to be taken at the registered office of the Company.

**Article 24. Minutes of the meeting of the board of managers,
minutes of the decisions of the sole manager**

24.1 The resolutions of the board of managers shall be recorded in writing.

24.2 The minutes of any meeting of the board of managers shall be signed by the chairman, if any, or in his absence be the chairman *pro tempore*, and the secretary, if any, or by any manager. Any proxies will remain attached thereto. Copies or excerpts of such minutes, which may be produced in judicial proceedings or otherwise, shall be signed by the chairman, if any, or by any manager.

24.3 Decisions of the sole manager shall be recorded in minutes which shall be signed by the sole manager. Copies or excerpts of such minutes, which may be produced in judicial proceedings or otherwise shall be signed by the sole manager.

Article 25. Management Fees and Expenses

Subject to approval by the shareholder(s), the manager(s) may receive a management fee in respect of the carrying out of their management of the Company and may, in addition, be reimbursed for all other expenses whatsoever incurred by the manager(s) in relation to such management of the Company or the pursuit of the Company's corporate object.

Article 26. Conflicts of Interest

26.1 If any of the managers of the Company has or may have directly or indirectly any personal interest of patrimonial nature in any transaction of the Company, such manager shall disclose such personal interest to the other manager(s) and shall not consider or vote on any such transaction.

26.2 Such transaction and such manager's interest therein shall be disclosed in a special report to the shareholder(s) before any vote by the latter on any other resolution.

26.3 Where, due to a conflict of interests, the number of managers required by the Articles in order to deliberate and vote on an item is not reached, the managers may defer the decision to the general meeting of shareholder(s).

26.4 The foregoing paragraphs of this article do not apply if the relevant transaction falls within the ordinary course of business of the Company entered into under fair market conditions.

26.5 No contract or other transaction between the Company and any other company or firm shall be affected or invalidated by the mere fact that any one or more of the managers or any officer of the Company has a personal interest in, or is a manager, associate, member, shareholder, officer or employee of such other company or firm. Any person related as described above to any company or firm with which the Company shall contract or otherwise engage in business shall not, by reason of such affiliation with such other company or firm, be automatically prevented from considering, voting or acting upon any matters with respect to such contract or other business.

Article 27. Auditors

27.1 Except where according to the applicable laws, the Company's annual statutory and/or consolidated accounts must be audited by an approved auditor (*réviseur d'entreprises agréé*), the business of the Company and its financial situation, including in particular its books and accounts, may, and shall in the cases provided by law, be reviewed by one or more statutory auditors (*commissaire(s)*) who need not be shareholders themselves.

27.2 The statutory or approved statutory auditors, if any, will be appointed by the general meeting of shareholders, which will determine the number of such auditors and the duration of their mandate. They are eligible for re-appointment. They may be removed at any time, with or without cause, by a resolution of the shareholder(s), save in such cases where the approved statutory auditor may, as a matter of the applicable laws, only be removed for serious cause or by mutual agreement.

CHAPTER V. FINANCIAL YEAR, FINANCIAL STATEMENTS, DISTRIBUTION OF PROFITS

Article 28. Financial Year

The Company's financial year begins on the first day of January and ends on the last day of December of each year.

Article 29. Adoption of Financial Statements

29.1 At the end of each financial year, the accounts are closed and the board of managers draws up an inventory of assets and liabilities, the balance sheet and the profit and loss account, in accordance with the applicable laws.

29.2 The annual statutory and/or consolidated accounts are submitted to the shareholder(s) for approval.

29.3 Each shareholder or its representative may peruse these financial documents at the registered office of the Company.

Article 30. Distribution of Profits

30.1 From the annual net profits of the Company, at least five per cent (5%) shall each year be allocated to the reserve required by law (the "**Legal Reserve**"). That allocation to the Legal Reserve will cease to be required as soon and as long as the Legal Reserve amounts to ten per cent (10%) of the issued share capital of the Company.

30.2 After allocation to the Legal Reserve, the shareholders shall determine how the remainder of the annual net profits will be disposed of by allocating the whole or part of the remainder to a reserve or to a provision, by carrying it forward to the next following financial year or by distributing it, together with carried forward profits, distributable reserves or share premium to the shareholder(s), each share entitling to the same proportion in such distributions.

30.3 Notwithstanding the above provision, the shareholders may decide to pay interim dividends before the end of the current financial year, on the basis of a statement of accounts prepared by the board of managers and showing that sufficient funds are available for distribution, it being understood that the amount to be distributed may not exceed realised profits since the end of the last financial year, increased by carried forward profits and distributable reserves, but decreased by carried forward losses and sums to be allocated to a reserve established in accordance with the Law or the Articles.

CHAPTER VI. DISSOLUTION, LIQUIDATION

Article 31. Dissolution, Liquidation

31.1 The Company may be dissolved by a resolution of the shareholder(s) representing at least three quarters (3/4) of the issued share capital.

31.2 In the event of dissolution of the Company in accordance with article 31.1, the liquidation shall be carried out by one or several liquidators who are appointed by the general meeting of shareholders deciding on such dissolution and which shall determine their powers and their remuneration. Unless otherwise provided, the liquidators shall have the most extensive powers for the realisation of the assets and payment of the liabilities of the Company.

31.3 The surplus resulting from the realisation of the assets and the payment of the liabilities shall be distributed among the shareholders in proportion to the number of shares of the Company held by them.

CHAPTER VII. APPLICABLE LAW

Article 32. Applicable Law

All matters not governed by the Articles shall be determined in accordance with the laws of the Grand Duchy of Luxembourg, in particular the Law.

Interim provisions

The first financial year shall begin on the date of this deed and shall end on December 31, 2017.

Subscription - Payment

The twelve thousand (12,000) shares representing the entire share capital of the Company have been entirely subscribed and fully paid up in cash by Universal-Investment-Luxembourg S.A., prenamed and **acting as AIFM of BVK-Pan-Asien-Immobilienfonds FCP-SIF (Sub-Fund BVK-Pan-Asien-Immobilienfonds ARCH)**, 100% (12,000 shares)

The amount of twelve thousand euro (EUR 12,000.00) is as now at the disposal of the Company, proof of which has been duly given to the signing notary.

Resolutions of the shareholder

Immediately following incorporation of the Company, the shareholder, representing the entire subscribed share capital and exercising the powers devolved upon the meeting, passed the following resolutions:

(1) The following persons are appointed as managers for an undetermined period:

- **Ramon van Heusden**, Class A Manager, having his professional address in 20, rue de la Poste, L-2346 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg;

- **Jorrit Cromptvoets**, Class A Manager, having his professional address in 20, rue de la Poste, L-2346 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg;

▪ **Chou Chien-Hwa**, Class B Manager, having his professional address in Suite 5601, Wheelock Square 1717, Nanjing West Road, Shanghai 200040, China;

▪ **Esther Dorothee Atwell**, Class B Manager, having her professional address in Theodor-Heuss-Allee 70, D- 60486 Frankfurt am Main, Germany.

(2) The Company shall have its registered office at 20, rue de la Poste, L-2346 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg.

Estimate of costs

The costs, expenses, fees and charges, in any form whatsoever in connection with its incorporation which shall be borne by the Company or shall be charged to it have been estimated at approximately at one thousand four hundred euro (EUR 1,400.00).

Statement

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on request of the above appearing person, the present deed is worded in German followed by an English version; on request of the same person and in case of divergences between the German and the English text, the German text will prevail.

WHEREOF the present deed was drawn up in Luxembourg by the undersigned notary, on the day referred to at the beginning of this document.

The document having been read to the appearing person, who is known to the undersigned notary by his surname, first name, civil status and residence, such person signed together with the undersigned notary, this original deed.

Signé: L. Elshani et M. Schaeffer.

Enregistré à Luxembourg Actes Civils 2, le 21 décembre 2016.

Relation : 2LAC/2016/26951

Reçu soixante-quinze euros (75.- €)

Le receveur/signé/André Muller

POUR EXPEDITION CONFORME

délivrée à la demande de la prédite société,

sur papier libre, aux fins de publication au RESA

Luxembourg, le 30 décembre 2016